



*Ausgabe: März 2021*

## **Demokratie-Newsletter**

Der Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich von Professor Kley gibt monatlich einen Demokratie-Newsletter heraus. Der Newsletter beinhaltet eine Auswahl der wichtigsten Meldungen, Mitteilungen, Entscheidungen und Urteile im Bereich der Demokratie und der politischen Rechte – in der Schweiz, in Europa und der Welt. Wir achten hierbei darauf, dass auch wichtige und aktuelle Themen aus den Bereichen Föderalismus, Politik, Staats- und Rechtsphilosophie sowie Fragen aus dem öffentlich-rechtlichen Verfahrensrecht aufgeführt werden.

1. Medienberichte zum Thema «Demokratie» .....	2
2. Gerichtsurteile .....	3
2.1 Bundesgericht .....	3
2.2 Kantonale Entscheide .....	4
2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) .....	4
3. Neue Volksinitiativen .....	4
4. Publikationen .....	5
5. Dokumentation und Kontakt .....	7



## 1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»

**NZZ** 10.03.2021, S. 17

Wir alle sind systemrelevant – und das ist ein Problem – Die Finanzkrise und die Pandemie haben das Vertrauen in die Marktwirtschaft untergraben. Eine Antwort darauf ist die Demokratisierung der Wirtschaft. Das ist aber eine schlechte Idee. ([Link](#))

**NZZ** 12.03.2021, S. 20

China vertreibt das letzte Stück Demokratie aus dem Hongkonger Parlament – In Hongkong wird zwar weiter gewählt. Doch antreten darf nur noch, wer Peking genehm ist. Damit wird klar: Wer tatsächlich regiert in Hongkong, ist Xi Jinping. ([Link](#))

**NZZ** 13.03.2021, S. 13

Seilziehen um „Burkaverbot“ geht weiter – Kantone wollen sich bei Keller-Sutter gegen Umsetzungsbefehl wehren – Volk und Stände haben am Wochenende klargemacht: Die Burka muss verboten werden. Doch nun streiten sich Bund und Kantone darüber, wer dafür zuständig ist. Werden sie sich nicht einig, kann niemand etwas gegen die Gesichtsverhüllung unternehmen. ([Link](#))

**NZZ am Sonntag** 14.03.2021, S. 15

Der Kampagnen-Spezialist Daniel Graf lanciert ein Netflix für direkte Demokratie – Er hat das Gesetz über die E-ID zu Fall gebracht. Jetzt will er mit einem Abo-Service für Referenden und Initiativen die Politik der Schweiz verändern. ([Link](#))

**NZZ** 16.03.2021, S. 4

„Es gibt kein Menschenrecht auf Demokratie“ – Nach dem Militärputsch in Burma werden die Rufe nach einer internationalen Intervention immer lauter. Für den Politikwissenschaftler Laurent Goetschel ist es extrem unwahrscheinlich, dass es so weit kommen wird. ([Link](#))

**NZZ** 22.03.2021, S. 31

Von «Weibern» und Menschenrechten – das Making-of der Schweizer Demokratie – Eine Ausstellung im Landesmuseum in Zürich zeigt, wie hindernisreich der Weg der Frauen zur rechtlichen Gleichstellung war – und schärft den Blick für vermeintlich Selbstverständliches. ([Link](#))

**WOZ** 25.03.2021

Parteien kann man verbieten – Ideen nicht – Das Verbot der prokurdischen Oppositionspartei HDP und der Austritt aus der Konvention zum Schutz von Frauen dienen nur einem Zweck: Erdogans Machterhalt. ([Link](#))

**plädoyer** 29.03.2021

„Die Wiederwahl ist das Inkassomittel der Parteien“ – Das Parlament behandelt die Justizinitiative und einen indirekten Gegenvorschlag – Auch der ehemalige



Zürcher Oberrichter Martin Burger sieht Handlungsbedarf – im Gegensatz zum Berner Anwalt Patrick Freudiger. ([Link](#))

NZZ 30.03.2021, S. 29

Warum sind Autokraten so attraktiv? – Die amerikanische Historikerin Anne Applebaum will wissen, was den Aufstieg antidemokratischer Politiker möglich macht Putin, Erdogan, Orbán oder Kaczyński: Was Antidemokraten antreibt, an die Macht zu kommen, ist vielfach analysiert worden. Anne Applebaum sucht nach Ursachen für die Verführungskraft antiliberaler Politik. ([Link](#))

## 2. Gerichtsurteile

### 2.1 Bundesgericht



*Urteil des Bundesgerichts vom 9. Februar 2021 ([1C 371/2020](#)) (franz.)*

Kommunale Volksinitiative für ein teilweises Bauverbot von Mobilfunkantennen in Etagnières VD – Ungültigerklärung der Initiative wegen Verletzung von Bundesrecht – Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab.



*Urteil des Bundesgerichts vom 10. Februar 2021 ([1C 515/2020](#)) (franz.)*

Stimmrechtsbeschwerde gegen eine kommunale Volksabstimmung im November 2017 in Tolochenaz VD – Beschwerdelegitimation einer GmbH in Stimmrechtssachen – Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab, soweit es darauf eintritt.



*Urteil des Bundesgerichts vom 10. Februar 2021 ([1C 19/2021](#))*

Beschluss der Gemeindeversammlung Wangen bei Olten – Die Beschwerdeführenden machen Unregelmässigkeiten im Vorfeld der Abstimmung geltend – Mangels ausreichender Substantiierung sowie mangels Ausschöpfung des Instanzenzugs tritt das Bundesgericht nicht auf die Beschwerde ein, weist sie jedoch dem Verwaltungsgericht Solothurn zur Behandlung zu.



*Urteil des Bundesgerichts vom 15. März 2021 ([1C 183/2020](#))*

Zuwahl von Gerichtspräsidiumsmitgliedern – Beschwerde gegen ein Begehren des Gerichtsrats an den Grossen Rat um befristete Zuwahl einer Gerichtspräsidentin am Appellationsgericht Basel-Stadt – Das Bundesgericht tritt mangels aktuellen praktischen Interesses des Beschwerdeführers nicht auf die Beschwerde ein, soweit sie nicht ohnehin gegenstandslos ist.



*Urteil des Bundesgerichts vom 15. März 2021 ([1C 465/2020](#))*

Wahl von Gerichtspräsidiumsmitgliedern – Der Beschwerdeführer macht diverse Unregelmässigkeiten in Vorbereitung und Durchführung der Wahl geltend – Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab, soweit es darauf eintritt.



## 2.2 Kantonale Entscheide



Urteil des Kantonsgerichts Freiburg vom 26. Januar 2021 ([601 2021 4](#)) (franz.)  
Ansetzung eines Abstimmungstermins für eine kommunale Volksinitiative – Der Beschwerdeführer macht Unregelmässigkeiten geltend – Das Kantonsgericht weist den Rekurs ab.



Urteil des Kantonsgerichts Freiburg vom 28. Januar 2021 ([601 2020 189](#)) (franz.)  
Kommunale Volksinitiative in der Stadt Fribourg – Rekurs gegen die Ungültigkeitserklärung durch das Parlament – Das Kantonsgericht weist den Rekurs ab, soweit es darauf eintritt.



Urteil des Verwaltungsgerichts Zürich vom 18. Februar 2021 ([VB.2021.00066](#))  
Zulässigkeit einer Maskenpflicht an einer Gemeindeversammlung – Der Beschwerdeführer macht eine Verletzung von Art. 34 BV geltend – Das Verwaltungsgericht heisst die Beschwerde im Kostenpunkt gut und weist sie ansonsten ab.



Urteil des Kantonsgerichts Freiburg vom 10. März 2021 ([601 2021 31](#))  
Kommunale Wahlen vom 7. März 2021 in der Gemeinde B. – Stimmrechtsbeschwerde wegen fehlerhaftem Wahlmaterial – Das Kantonsgericht weist die Beschwerde ab, soweit es darauf eintritt.

## 2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)

keine

## 3. Neue Volksinitiativen



### Überblick hängige Volksinitiativen<sup>1</sup>

- Initiativen im Sammelstadium ([12](#)) (+1)
- In Auszählung ([0](#)) (0)
- Beim Bundesrat hängig ([6](#)) (-1)
- Beim Parlament hängig ([7](#)) (-1)
- Abstimmungsreife Volksinitiativen ([4](#)) (+1)



### Verfügung der Bundeskanzlei vom 23. Februar 2021

Die Eidgenössische Volksinitiative „Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuergerechtigkeits-Initiative)“ hat die Vorprüfung bestanden. Die Sammelfrist läuft bis am 9. September 2022. ([BBI 2021 459](#))

<sup>1</sup> Stand 31.03.2021.



*Verfügung der Bundeskanzlei vom 2. März 2021*

Die Eidgenössische Volksinitiative „Für sicherere Fahrzeuge“ hat die Vorprüfung bestanden. Die Sammelfrist läuft bis am 16. September 2022. ([BBI 2021 514](#))



*Botschaft des Bundesrates vom 5. März 2021*

In seiner Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative „Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative)“ und zum indirekten Gegenvorschlag (Änderung des Kriegsmaterialgesetzes) empfiehlt der Bundesrat dem Parlament die Ablehnung der Initiative und die Annahme des indirekten Gegenvorschlags. ([BBI 2021 623](#))



*Mitteilung der Bundeskanzlei vom 16. März 2021*

Die Sammelfrist für die Eidgenössische Volksinitiative „Ja zu mehr Mitbestimmung der Bevölkerung bei der Kranken- und Unfallversicherung“ ist am 15. März unbe-  
nützt abgelaufen. Die Initiative ist somit im Sammelstadium gescheitert. ([BBI 2021 582](#))



*Einfacher Bundesbeschluss vom 19. März 2021*

Die Eidgenössische Volksinitiative „Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern“ wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Die Bundesversammlung empfiehlt die Ablehnung der Initiative. ([BBI 2021 662](#))



*Einfacher Bundesbeschluss vom 19. März 2021*

Die Eidgenössische Volksinitiative „Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise (Fair-Preis-Initiative)“ wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Die Bundesversammlung empfiehlt die Ablehnung der Initiative. ([BBI 2021 663](#))

#### 4. Publikationen



APPLEBAUM ANNE, Die Verlockung des Autoritären, Warum antidemokratische Herrschaft so populär geworden ist, München 2021 ([Verlag](#))



BERNARD FRÉDÉRIC, Les pouvoirs extraordinaires du Conseil fédéral dans la lutte contre les épidémies, ZBI 122/2021, S. 131 ff. ([Swisslex](#))



BIAGGINI GIOVANNI, Verwaltungsgericht des Kantons Zürich, 4. Abteilung, 28. Mai 2020; [AN.2020.00004](#); rechtskräftig, ZBI 122/2021, S. 153 ff. ([Swisslex](#))



CUENI RAPHAELA, Das ist doch einseitige Stimmungsmache!, Zur Zulässigkeit satirischer Äusserungen im Vorfeld von Wahlen und Abstimmungen im Radio- und Fernsehangebot der SRG, Jusletter vom 8. März 2021 ([Link](#))



GUT ULRICH, Wird das Volk über das Institutionelle Rahmenabkommen abstimmen können?, Unser Recht vom 9. März 2021 ([Link](#))



MOHLER MARKUS, Dem PMT-Gesetz fehlt die Verfassungsgrundlage, sui generis 2020, S. 61 ff. ([Link](#))



MÜLLER KEVIN J., Die Einheit der Materie bei Generalversammlungsbeschlüssen, in: St. Galler Schriften zum Finanzmarktrecht, Bd. 19, Diss. Zürich/St. Gallen 2021 ([Verlag](#))



MÜLLER RETO PATRICK, Bestellung des Bundesgerichts durch Losentscheide?, Eine kritische Auseinandersetzung mit der „Justiz-Initiative“, SJZ 117/2021, S. 167 ff. ([Swisslex](#))



RASELLI NICCOLÒ, Systemwidriges Referendum für völkerrechtliche Verträge, Plädoyer 02/2021 ([Link](#))



RÖLLIN FIONA, Das betrügerische Einholen von Unterschriften für ein Referendum, Besprechung des Urteils [1C\\_134/2020](#) der I. öffentlich-rechtlichen Abteilung des Bundesgerichts vom 24. März 2020 in Sachen Parti socialiste neuchâtelois, M.G, L.D und J.G gegen Comité interpartis contre la hausse constante des ponctions sur les salaires, Jusletter vom 1. März 2021 ([Link](#))



SCHAUB LUKAS, Vom Umgang mit Volksinitiativen, die zu viel versprechen, Jusletter vom 15. März 2021 ([Link](#))



## 5. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)  
Newsletter: [An- und Abmeldung](#)  
Wir freuen uns über Ihre [Hinweise und Anregungen](#).



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Urteils- bzw. Entscheidungssammlung des Bundesgerichts:  
[Schweizerisches Bundesgericht](#)

### Kontakt:

Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte, sowie Staats- und Rechtsphilosophie  
Rechtswissenschaftliche Fakultät  
Universität Zürich  
[lst.kley@rwi.uzh.ch](mailto:lst.kley@rwi.uzh.ch)

### Redaktion

Sandro Trapani  
Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Kley  
Tonia Graf, BLaw